

KLIMA, ENERGIE, FRIEDEN

# Bedrückende Wahrheiten



Bei der Senkung des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ringt man vor allem um die Lastenverteilung. Doch ohne einen allseitigen weitgehenden Verzicht auf Erdöl drohen sogar militärische Auseinandersetzungen um Ressourcen.

(RK) - Seit Monaten verkündet der US-Politiker Al Gore auf den Kinoleinwänden der Erde "eine unbequeme Wahrheit": Die Welt erwärmt sich rapide. Vor drei Wochen ist der Bericht des Wirtschaftswissenschaftlers Nicholas Stern hinzu gekommen, der den Klima-bedingten Schaden auf bis zu 15 Prozent des weltweiten Sozialprodukts schätzt. Doch trotz Gore-Movie und Stern-Review: Eine Woche nach Abschluss der Klimakonferenz von Nairobi ist die Erderwärmung kaum mehr Thema in den Medien.

Dabei wird gerade das Gastland von den mutmaßlichen Folgen des Klimawandels hart getroffen: Nach der Dürre im Frühjahr kämpfen die KenianerInnen derzeit mit Überschwemmungen, die Menschenleben und Ernten gefährden. Doch während der Klimakonferenz auf dem eigenen Kontinent wurden die AfrikanerInnen de facto zu Zaungästen degradiert. "Alles, was die afrikanischen Staaten auf den Tisch gelegt haben, haben die Industrieländer weggewischt", wird die Umweltschützerin Grace Akumu von der Süddeutschen Zeitung zitiert. Am Ende einigten sich alle TeilnehmerInnen darauf, weiter zu verhandeln im Hinblick auf einen Ausbau des Kyoto-Protokolls, das 2012 ausläuft. Aufgrund der langen Ratifizierungszeiten müßte ein solches Post-Kyoto-Protokoll bereits 2008 zustande kommen. Doch Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien wollen über CO<sub>2</sub>-Verpflichtungen erst reden, wenn auch die USA im Kyoto-Boot sind. Das aber wird voraussichtlich nicht vor den Präsidentschaftswahlen Ende 2009 der Fall sein.

## "Spektakuläre" Einsicht

Dass er von der Nairobi-Konferenz nicht viel erwartete, hatte Umweltminister Lucien Lux bereits Anfang November deutlich gemacht: Sie werde "spektakulär-unspektakuläre Ergebnisse" bringen. Mit "spektakulär" war gemeint, dass die offiziellen VertreterInnen angesichts der harten Fakten der Stern-Review nicht daran vorbei kämen, die Notwendigkeit einer massi-

ven Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes anzuerkennen. Dabei ist es aber auch geblieben. In seiner Rede in Nairobi mahnte Lux: "Wir müssen die Diskrepanz beseitigen zwischen dem vollständigen Wissen über die Problematik, der wir gegenüber stehen, und unserer Bereitschaft, gemeinsam und konsequent zu handeln."

Etwas verwunderlich sind die zurückhaltenden Reaktionen der Umwelt-NGOs. Als "kleinen Schritt nach vorn" bezeichnen zum Beispiel Greenpeace und der "Worldwide Fund for Nature" (WWF) die Nairobi-Konferenz. Doch unter dem Zweckoptimismus scheint Resignation durch. So stellt Greenpeace fest: "Die Minister versammeln sich einmal im Jahr für eine Woche zu UN-Klima-Verhandlungen. Währenddessen steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen täglich und das Klima verändert sich schneller denn je."

Die Skepsis der NGOs geht nicht nur zurück auf die Unfähigkeit der Staatengemeinschaft, dem Klimawandel konsequent entgegen zu wirken. Es mangelt auch an der Bereitschaft, die Lasten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gerecht zu verteilen. So wurde in Nairobi gestritten über den Anpassungsfonds, der die ärmsten Länder dabei unterstützen soll, sich klimagerecht zu entwickeln. Der Vorschlag, diesen Fonds von der Weltbank verwalten zu lassen, wurde von den betroffenen Ländern abgelehnt: Die Institution mit Sitz in Washington ist als amerikahörig und neoliberal verschrien.

## Krümel für den Süden

Wirklich problematisch ist aber die Höhe der zur Verfügung gestellten Summen: Gerade mal 300 Millionen Dollar sollen bis 2012 zusammen kommen. Das ist weniger als ein Tausendstel der 450 Milliarden Dollar, also jenes einen Prozents des Welt-Sozialprodukts, die Nicholas Stern als jährliches Budget zur Vorbeugung des Klimawandels empfiehlt. Von diesem Kuchen soll also nur ein Krümel der Solidarität zugute kommen. Der Rest dürfte in den Industrieländern bleiben oder über flexible Mechanismen ausgegeben werden: Ein Staat, der einem Entwicklungsland hilft, weniger CO<sub>2</sub> zu emittieren, darf sich diese Einsparungen auf die eigene CO<sub>2</sub>-Bilanz anrechnen. Luxemburg zum Beispiel will massiv von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, um sich an einschneidenden Maßnahmen im Inland vorbei zu mogeln. Der dem eigenen Vorteil dienende so genannte Kyoto-Fonds soll in den kommenden Jahren mit mehreren hundert Millionen Euro dotiert werden - mehr als die gesamte Staatengemeinschaft bereit ist, für ihre schwächsten Mitglieder auszugeben.

Bei den Post-Kyoto-Verhandlungen dürften die Industrieländer versuchen, einen möglichst großen Teil des mit CO<sub>2</sub>-Einsparungen verbundenen Konsumverzichts auf den Rest der Welt zu verlagern. Problematisch

daran sind nicht nur das damit verbundene Gerechtigkeitsdefizit und die Gefahr, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen viel langsamer sinken als nötig. Eine noch erschreckendere Bedrohung geht als Konsequenz aus dem Festhalten an unserem Lebensstil hervor: Krieg!

Die Hauptmotivation für die Industrieländer, ihre CO<sub>2</sub>-Einsparungen in Grenzen zu halten, ist die zentrale Rolle der fossilen Energien in unseren Volkswirtschaften. Wenn die erneuerbaren Energiequellen nicht schneller als bisher erschlossen werden, ändert sich an dieser Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas wenig. Ob sich dann der Klimawandel verhindern lässt, ist zweifelhaft. Sicher ist aber, dass die Reserven von Kohlenwasserstoffen langsam knapp werden. Sowohl Industrieländer wie Schwellenländer werden dann mit allen Mitteln versuchen, sich den Zugang zu diesen Ressourcen zu sichern.

## Krieg an der Tankstelle

"Eine Geschichte von Gier, Krieg, Macht und Geld", so lautete der Titel einer Konferenz am vergangenen Montag in Luxemburg. Referent war Thomas Seifert, einer der Autoren des "Schwarzbuchs Öl". Mit viel Zahlenmaterial belegte er, dass die fossilen Energiereserven - Kohle ausgenommen - rapide zur Neige gehen. Dann veranschaulichte er das mit Erdöl und Erdgas verbundene Konfliktpotenzial: Der Großteil der Reserven befindet sich in und um den Nahen Osten, wohingegen der Verbrauch in den USA, Europa und Teilen Asiens konzentriert ist. Die diplomatischen Initiativen Chinas in Afrika und die Aufrüstung der EU müsse man im Kontext eines "Runs" auf diese Ressourcen sehen. Die USA hätten seit langem eine spezifische militärische Kommandostruktur für diesen Teil der Erde, die Central Command. Seifert bezeichnete sie als "globale Tankstellenwarte". Er mutmaßte, dass es den USA nicht nur um die Sicherung des eigenen Zugangs gehe, sondern auch um die Möglichkeit, den Zugang anderer Staaten zu kontrollieren und einzuschränken.

Nach den bedrohlichen Prognosen von Nicholas Stern und den "unspektakulären" Ergebnissen der Nairobi-Konferenz reagierte das Publikum auf diese Ausführungen erstaunlich gelassen. Erst nach mehreren technischen Fragen drückte sich die Machtlosigkeit aus, die solche Betrachtungen vermitteln: sind sich die Führungskräfte der Probleme bewusst? Warum wird nicht mehr unternommen? "Gute Frage", meinte Thomas Seifert. Am Ende lieferte der Autor dem Publikum doch noch einen Lichtblick. Eine weitere Aufrüstung, die in einen Öl-Weltkrieg mündet, sei nicht unausweichlich. Die rezenten strategischen Manöver der USA hätten immer neue Monster hervorgebracht - Saddam, Bin Laden - und sehr viel Geld gekostet - 500 Milliarden Dollar für den Irak-Krieg. Mit dem Geld ließe sich doch bestimmt auch etwas tun in Sachen erneuerbare Energien, so Seifert.

## 5611: LSAP et CSV font le forcing

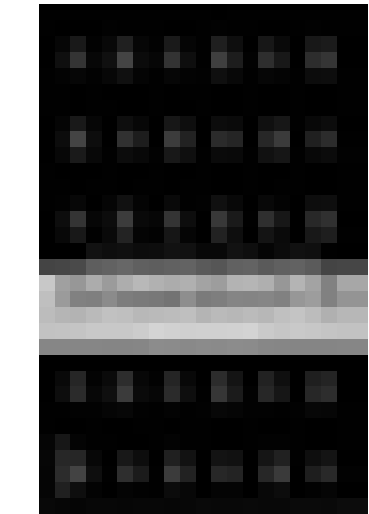
En matière de réforme de la lutte contre le chômage, le LSAP fait preuve d'une solidarité sans faille avec le ministre du travail CSV, François Biltgen. Interpellé sur les critiques du syndicat proche du LSAP lors de la conférence de presse commune des fractions parlementaires de la majorité, le secrétaire général socialiste Romain Schneider s'est voulu rassurant: "L'OGBL a juste un problème avec une ou deux formulations." Avec son co-rapporteur Marc Spautz il a énuméré les différentes "mesures en faveur de l'emploi des jeunes" et défendu l'esprit du projet de loi. Un des aspects les plus contestés est la rémunération à 80 % du salaire social minimum des contrats d'initiation à l'emploi (CIE). Les rapporteurs ont estimé qu'il vaut mieux 80 % avec perspective d'embauche que pas d'emploi du tout. Par ailleurs le CIE préverrait huit heures de formation par semaine. Selon Spautz "il ne s'agit nullement de travailler à 100 % pour 80 % du salaire." C'est là que le bât blesse: pourquoi seraient-ce les jeunes en formation qui payeraient - sous forme d'un manque à gagner de 20 % - pour leur propre formation? L'OGBL ne s'y est d'ailleurs pas trompé et continue à axer ses critiques sur ce point.

## "Rien n'est réglé"

La rue peut arracher plus à un ministre qu'une tripartite. Vendredi dernier, 10.000 élèves ont manifesté devant le ministère et inauguré la première grève lycéenne portant sur une question sociale. Tout indique que les jeunes n'en resteront pas à cette manifestation. Le gouvernement a certes reculé sur quelques points, comme le délai de carence. Mais ce retrait n'était pas la revendication centrale du comité national de grève. Dans un communiqué de presse, les élèves grévistes rappellent qu'ils ne peuvent accepter la logique de la "stigmatisation des jeunes" et revendiquent le "retrait des mesures obligeant les jeunes à accepter des emplois précaires et mal payés". Ainsi continuent-ils à plaider en faveur d'une indemnisation à 100 % du salaire social minimum lors d'une occupation au sein d'une mesure pour l'emploi. Revendication reprise par les jeunes socialistes. Par contre, le LSAP se braque sur la position du CSV et semble avoir choisi la stratégie du passage en force, en risquant de se mettre à dos la jeunesse, les parents et l'OGBL. La jeunesse de son côté entend labourer le terrain en profondeur: après "Biltgen on Tour", l'initiative "Stopp de 5611" a pris contact avec les comités d'élèves des lycées pour y tenir des conférences d'explication.

## Allheilige Währungsunion

Euro-Skeptiker dürften den diese Woche von der EU-Kommission vorgelegten Wirtschaftsrückblick 2006 mit einem gewissen Unbehagen zur Kenntnis genommen haben. Das Dokument liest sich streckenweise wie eine Bibel neoliberalen Gedankenguts. Der Verdacht, die Einführung des Euro würde die nationalen Politiken auf einen - niedrigen - gemeinsamen Nenner bringen, wird in dem Dokument unverhohlen bestätigt. "Strukturreformen müssen vorangetrieben und die Staatsfinanzen energischer konsolidiert werden, um den nötigen Spielraum im Falle eines erneuten Nachlassens der Wirtschaftsdynamik zu schaffen", heißt es in einem parallel veröffentlichten Resümee des Berichts. Die Kommission beklagt sich, dass viele Mitgliedsstaaten sich "noch nicht voll auf die Bedingungen in einer Währungsunion (...) eingestellt haben". Die Politiker müßten den Bürgern die Vorzüge des Euro verständlich erklären "oder zumindest noch einmal nachdenken, bevor sie ihn wieder zum Sündenbock für wirtschaftliche Probleme machen". Perspektiven werden vor allem in einer weiteren Öffnung des Dienstleistungssektors gesehen. In Sachen Privatisierung steht Europa demnach erst am Anfang einer Entwicklung, die uns besser auf "die derzeitigen und künftigen Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft" vorbereiten soll.



Thomas Seifert, Klaus Werner  
Schwarzbuch Öl  
Eine Geschichte von Gier,  
Krieg, Macht und Geld  
Zsolnay und Deuticke, Wien 2005